Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile

Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband

Band: 46 (1999)

Heft: 10

Artikel: Nothilfe : mehr miteinander statt nebeneinander = Aide en cas de catastrophe : coopérer plus étroitement

Autor: Münger, Hans Jürg

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-369187

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wie sehen die Kantone den künftigen Bevölkerungsschutz? – Eine Vernehmlassung soll noch vor Ende Jahr Klarheit schaffen.

Nothilfe: mehr miteinander statt nebeneinander

JM. Parallel zum Projekt «Schweizer Armee XXI» kommt das Projekt für den Bevölkerungsschutz planmässig voran. Die Kantone, künftige Hauptträger des Bevölkerungsschutzes, nehmen jetzt zu Leitlinien – Kernaussagen und Eckwerten – der Projektorganisation Stellung. Diese Vernehmlassung der Kantone werde es erlauben, die weitere Projektarbeit, gestützt auf politisch abgesicherte Entscheide, voranzutreiben, führten VBS-Chef Bundesrat Adolf Ogi und Projektleiter Peter Schmid am 27. September in Bern vor den Medien aus. Wichtiger Reformpunkt ist die engere Kooperation aller Partnerorganisationen der Katastrophen- und Nothilfe, die ja zusammen den neuen Bevölkerungsschutz bilden. Aus dieser Zusammenarbeit ergeben sich kräfte- und kostensparende Synergien. Und: Gemäss Bundesrat Ogi wird angestrebt, dass die Dienstpflicht eines Tages wahlweise in der Armee oder im Bevölkerungsschutz geleistet werden kann.

Mit der veränderten sicherheitspolitischen Lage in und um Europa drängt sich nicht nur für die Armee, sondern auch für den zivilen Bereich ein Strategiewechsel auf. Den im Aufbau befindlichen Bevölkerungsschutz definiert der Sicherheitspolitische Bericht des Bundesrates als ziviles Instrument für Führung, Schutz und Hilfe bei Katastrophen, anderen Notlagen sowie bei machtpolitischen Bedrohungen. Unter dem Dach des Bevölkerungsschutzes werden alle zivilen Mittel koordiniert. Einfach, effizient und flexibel soll der Bevölkerungsschutz als zivile Gesamtstruktur werden. Grundsätzlich liegt die Zuständigkeit für den Bevölkerungsschutz bei den Kantonen. Der Bund legt die gesetzlichen Rahmenbedingungen fest und unterstützt die Kantone beispielsweise bei der Ausbildung. Bei Ereignissen von nationalem Ausmass übernimmt der Bund die Koordination und Führung.

Eine einzige zivile Führung

Im Sinne eines Abbaus von Doppelspurigkeiten und einer Effizienzsteigerung wird es auf Stufe Kanton, Region und Gemeinde nur noch ein einziges, durch die politische Exekutive legitimiertes Führungsorgan geben. Das heisst konkret, dass das heutige zivile Führungsorgan, das Kommando der Feuerwehr und die Leitung der Zivilschutzorganisation zusammengelegt werden. Das zivile Führungsorgan ist für die gesamtheitliche Beurteilung der Risiken und Gefahren und grundsätzliche Anordnungen zuständig. Es koordiniert die Ausbildung der verschiedenen Mittel und trägt im Einsatz die Führungsverantwortung. Die Gesamtverantwortung liegt bei der Exekutive.

Das zivile Führungsorgan verfügt im Einsatz über die sogenannte Führungsunterstützung. Zu ihr gehören die Information, die Alarmierung und die Verbreitung von Verhaltensanweisungen an die Bevölkerung, das Lagewesen (bisher: Nachrichtenwesen), die Übermittlung, der AC-Schutz und die logistische Koordination. Personell wird die Führungsunterstützung primär aus Mitteln des heutigen Zivilschutzes gebildet.

Fünf Aufgabenbereiche

Der Bevölkerungsschutz deckt als zivile Gesamtstruktur fünf Aufgabenbereiche ab:

Sicherheit und Ordnung
Im Rahmen des Bevölkerungsschutzes löst die Polizei in diesem Bereich die anfallenden Aufgaben. Zu ihrer Unterstützung können in bestimmten Fällen – neben bewaffneten Formationen der Armee – auch Angehörige oder Formationen des Bevölkerungsschutzes für unbewaffnete Einsätze (z. B. Absperrungen, Verkehrsregelungen usw.) eingesetzt werden.

Rettung und Brandbekämpfung
Die Zuständigkeit für diesen Aufgabenbereich liegt bei den Feuerwehren. Sie bilden, zusammen mit der Polizei und dem sanitätsdienstlichen Rettungswesen, auch das Ersteinsatzmittel.

Sicherstellung der technischen Infrastruktur
Der Aufgabenbereich wird eigenverantwortlich durch die zuständigen Werke und Betriebe, Bauämter usw. wahrgenommen. Je nach Bedarf können sie durch Mittel des Bevölkerungsschutzes unterstützt werden.

Betreuung und Kulturgüterschutz
Dieser Aufgabenbereich wird durch die bisherigen Dienste der Zivilschutzorganisation – allerdings mit strukturellen Anpassungen – abgedeckt. Der Bereich Betreuung stellt, in enger Zusammenarbeit mit Behörden und privaten Organisationen, die Unterbringung und Betreuung

Leitlinien für den neuen Bevölkerungsschutz

JM. Die Grundlagen für das Konzept des Bevölkerungsschutzes finden sich im Sicherheitspolitischen Bericht des Bundesrates. Ziel ist der Aufbau einer Gesamtstruktur auf der Stufe Kanton, Region und Gemeinde für Führung, Schutz, Rettung und Hilfe. Der Bevölkerungsschutz stützt sich wesentlich auf die bereits im Alltag vorhandenen, teils professionellen Mittel ab (Polizei, Feuerwehr, Sanitäts- und Rettungsdienst, technische Werke und Betriebe). Der Zivilschutz heutiger Prägung wird mit seinen Kernaufgaben in den Bevölkerungsschutz integriert.

Das Konzept für die zivile Gesamtstruktur Bevölkerungsschutz orientiert sich an diesen Leitlinien:

- Alle zivilen Mittel, das heisst die Polizei, die Feuerwehr, die Werke und Betriebe, Sanitäts- und Rettungsdienste sowie der heutige Zivilschutz, werden unter dem Dach des Bevölkerungsschutzes zu einem umfassenden Sicherheitsverbund zusammengeführt.
- Der heutige Zivilschutz wird mit seinen Kernaufgaben in den Bevölkerungsschutz integriert.
- Organisatorisch, personell und ausbildungsmässig wird der Bevölkerungsschutz auf natur- und zivilisationsbedingte Katastrophen und Notlagen ausgerichtet.
- Für den Bevölkerungsschutz sind grundsätzlich die Kantone zuständig und verantwortlich.
- Die Armee leistet – wenn die zivilen Mittel ausgeschöpft sind – subsidiäre Unterstützung.
- Die Dienstpflicht soll in Zukunft entweder in der Armee oder im Bevölkerungsschutz geleistet werden können.

von Obdachlosen und schutzsuchenden Personen sicher. Der Kulturgüterschutz sorgt im Ereignisfall für die Evakuation oder den Schutz der Kulturgüter.

Gesundheit und Sanität
In diesem Bereich erfolgt eine vollständige Neuorientierung. Die Verantwortung für die sanitätsdienstliche Versorgung liegt bei den Gesundheitsbehörden der Kantone. Die anfallenden Aufgaben werden in erster Linie durch das öffentliche Gesundheitswesen und das sanitätsdienstliche Rettungswesen wahrgenommen. Zur Unterstützung stellt der Bevölkerungsschutz Module an Personal und Ausrüstung zur Verfügung.
Auch in Zukunft wird die *Armee* subsidiäre Unterstützung leisten. Diese kommt dann zum Tragen, wenn die zivilen Mittel und Möglichkeiten des Bevölkerungsschutzes – inklusiv diejenigen aus der interkantonalen Zusammenarbeit – ausgeschöpft sind.

Aufgabenteilung Bund und Kantone

Die Zuständigkeit und die Verantwortung für den Bevölkerungsschutz werden primär bei den Kantonen liegen. Angestrebt wird eine möglichst dezentrale Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen. Dies bedeutet, dass die Kantone den Bevölkerungsschutz in ihrem Zuständigkeitsbereich selbständiger und eigenverantwortlicher aufbauen und umsetzen können als bisher. Dies betrifft vor allem den heutigen Zivilschutz. Die anderen Mittel, wie etwa die Feuerwehr oder das öffentliche Gesundheitswesen, liegen bereits heute im Kompetenzbereich der Kantone.
Unbestritten ist die verfassungsmässige Zuständigkeit des Bundes bei bewaffneten Konflikten. Dies gilt auch für die Bewältigung bestimmter Ereignisse in ausserordentlichen Lagen wie zum Beispiel Verstrahlungslagen, Epidemien oder schwere Erdbeben. Der Bund wird für diese Ereignisse den Kantonen die zu erbringenden Leistungen vorgeben.
Für die Bewältigung von Alltags- und Grossereignissen sind die Kantone zuständig und verantwortlich. Diese Zuständigkeit gilt umfassend, das heisst für alle Mittel des Bevölkerungsschutzes, für deren Bereitschaft und für die Führungsorganisation. Die Kantone regeln zudem die interkantonale Zusammenarbeit, allenfalls mittels Konkordatslösungen.
Fragen der Finanzierung und des Finanzausgleichs können erst angegangen werden, wenn die neue Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen konkret geregelt ist. Die anteilsmässige Gesamtbelastung des Bundes einerseits und der Kantone andererseits soll aber im Gesamtbereich Armee und Bevölkerungsschutz grundsätzlich gleichbleiben.

Die Bestände werden stark reduziert

Am Milizprinzip und damit an der Dienstpflicht wird festgehalten. Angestrebt wird das sogenannte «Zwei-Säulen-Prinzip»: In Zukunft soll die Dienstpflicht entweder in der Armee oder im Bevölkerungsschutz – die Feuerwehren mit eingeschlossen – geleistet werden können.
Die Neuausrichtung des Bevölkerungsschutzes auf Katastrophen und Notlagen erlaubt, die Bestände markant zu reduzieren. Damit wird gleichzeitig eine Senkung des Dienstpflichtalters möglich.
Als zukünftige Lösung wird eine gemeinsame Dienstpflicht für alle Milizelemente des Bevölkerungsschutzes angestrebt. Dies betrifft vor allem die Angehörigen des heutigen Zivilschutzes und der Feuerwehren.
Die Schaffung einer gemeinsamen Dienstpflicht bedingt eine Revision der Bundesverfassung sowie Anpassungen der kantonalen Rechtsgrundlagen. Aus diesem Grund kann dieses Dienstpflichtsystem erst nach dem Beginn der Umsetzung des Bevölkerungsschutzes im Jahre 2003 eingeführt werden.

Die Eckwerte der Vernehmlassung

1. Für den Bevölkerungsschutz sind grundsätzlich die Kantone zuständig und verantwortlich.
2. Der Bund ist zuständig für die Bewältigung von Katastrophen (z. B. Verstrahlungslagen, Epidemien, Tierseuchen) und Notlagen sowie für den Fall bewaffneter Konflikte.
3. Soweit Zuständigkeiten des Bundes vorliegen, ist für die Kantone eine einzige Anlaufstelle zu bezeichnen.
4. Pro Stufe (Gemeinde/Region/Kanton) gibt es ein *einziges* durch die politische Exekutive legitimiertes Führungsorgan. Die Führungsunterstützung kann durch Mittel des heutigen Zivilschutzes sichergestellt werden.
5. Im Rahmen des Bevölkerungsschutzes löst die Polizei Aufgaben im Bereich Sicherheit und Ordnung. Zur unbewaffneten Unterstützung können weitere Mittel des Bevölkerungsschutzes beigezogen werden.
6. Für den Aufgabenbereich Rettung und Brandbekämpfung ist die Feuerwehr zuständig. Zur Unterstützung können weitere Mittel des Bevölkerungsschutzes beigezogen werden.
7. Die Werke und Betriebe erfüllen ihre Aufgaben eigenverantwortlich. Zur Unterstützung können weitere Mittel des Bevölkerungsschutzes beigezogen werden.
8. Schutz und Betreuung sowie Kulturgüterschutz werden als Kernaufgaben des heutigen Zivilschutzes in den Bevölkerungsschutz übergeführt. Die Schutzinfrastruktur bleibt grundsätzlich erhalten.
9. Die Verantwortung für die sanitätsdienstliche Versorgung liegt bei den Gesundheitsbehörden der Kantone und deren nachgeordneten Stellen. Zur Unterstützung können weitere Mittel des Bevölkerungsschutzes beigezogen werden.
10. Der Bevölkerungsschutz stellt Module an Personal, Ausrüstung und sanitätsdienstlichem Verbrauchsmaterial bereit. Für ausserordentliche Lagen stehen geschützte Anlagen zur sanitätsdienstlichen Versorgung unter Schutzbedingungen zur Verfügung.
11. Die Behörden der Kantone fordern Unterstützung durch die Armee erst dann an, wenn ihre eigenen Mittel und Möglichkeiten des Bevölkerungsschutzes – inkl. derjenigen aus der interkantonalen Zusammenarbeit – ausgeschöpft sind.
12. Im Zusammenhang mit der subsidiären Unterstützung wird von der Armee erwartet, dass sie mit bewaffneten Verbänden subsidiäre Sicherungseinsätze leistet, mit gegenüber heute reduzierten Mitteln Katastrophenhilfe und falls notwendig Unterstützungseinsätze leistet.
13. Es ist anzustreben, dass die Dienstpflicht entweder in der Armee oder in einem Bereich des Bevölkerungsschutzes geleistet werden kann.
14. Als zukünftiges Modell ist eine gemeinsame Dienstpflicht für alle Milizelemente des Bevölkerungsschutzes anzustreben (Feuerwehr und Elemente, die aus dem heutigen Zivilschutz integriert werden).
15. Bis zum Inkrafttreten eines zukünftigen Modells werden die bestehenden Dienstpflichten (Schutzdienstpflicht und Feuerwehrdienstpflicht) als Übergangslösung beibehalten.
16. Als Kompensation für die Feuerwehrpflicht-Ersatzabgabe – als wichtiges finanzielles Standbein der Feuerwehren – ist die Einführung einer Bevölkerungsschutz-Ersatzabgabe zu prüfen.
17. Die Ausbildung des Bevölkerungsschutzes wird primär auf die Bewältigung von natur- und zivilisationsbedingten Katastrophen und Notlagen ausgerichtet.
18. Für alle Milizangehörigen des Bevölkerungsschutzes erfolgt eine von der Armee unabhängige allgemeine Grundausbildung.

Comment les cantons voient-ils la future protection de la population? Le DDPS a envoyé des propositions en consultation

Aide en cas de catastrophe: coopérer plus étroitement

JM. La réforme de la protection de la population avance conformément aux prévisions, parallèlement au projet «Armée suisse XXI». Le conseiller fédéral Adolf Ogi, chef du DDPS, ainsi que Peter Schmid, chef du projet «Protection de la population», ont soumis le 27 septembre une conception détaillée à l'appréciation des principaux intéressés, les cantons, qui ont trois mois pour donner leur avis. Points forts des postulats du DDPS: toutes les organisations travaillant dans le futur système de la protection de la population doivent coopérer plus étroitement et éliminer les structures faisant double emploi. Le système de milice et l'obligation de servir seront observés. Mais, un jour, il serait possible d'effectuer son service obligatoire aussi bien dans la protection de la population (sapeurs-pompiers compris) que dans l'armée.

Le récent Rapport sur la politique de sécurité prône une nouvelle stratégie, adaptée à l'évolution rapide de la situation internationale. L'armée, mais aussi le domaine de la protection de la population, sont à la veille de profondes mutations. Tous les moyens civils pour la maîtrise de catastrophes, d'autres situations d'urgence et de conséquences de conflits armés, sont coordonnés sous le toit de la protection de la population. La compétence incombe aux cantons. La Confédération fixe les conditions-cadres légales et appuie les cantons, par exemple dans le domaine de l'instruction. Lors d'événements d'importance nationale, la Confédération assume la coordination et la conduite.

Une seule conduite civile

Par souci d'efficacité et dans le but de simplifier l'organisation, on ne conservera qu'un seul organe de conduite par échelon, désigné par les autorités politiques. Au niveau communal, par exemple, l'état-major de conduite, le commandement des sapeurs-pompiers et la direction de l'organisation de protection civile fusionneront. Le nouvel organe civil de conduite sera chargé de l'appréciation d'ensemble des risques et des dangers. Il assurera la direction générale des interventions et coordonnera l'instruction. La responsabilité générale de la protection de la population incombera à l'exécutif.

Les postulats soumis à la consultation

1. La responsabilité de la protection de la population incombe en principe aux cantons.
2. La maîtrise de certains sinistres (par exemple les accidents nucléaires, les épidémies, les épizooties) et autres situations d'urgence ainsi que la protection de la population en cas de conflit armé incombent à la Confédération.
3. Dans les domaines relevant de la compétence de la Confédération, celle-ci désigne un «guichet unique» chargé de la coordination avec les cantons.
4. Il y a *un seul* organe de conduite par échelon (communal, régional ou cantonal), désigné par les autorités politiques. Les services chargés de l'aide à la conduite peuvent être constitués d'éléments de la protection civile actuelle.
5. Dans le cadre de la protection de la population, la police assume des tâches de sécurité et de maintien de l'ordre. Elle peut recevoir le renfort d'autres éléments de la protection de la population pour des interventions non armées.
6. Le sauvetage et la lutte contre le feu relèvent de la compétence des sapeurs-pompiers. Ceux-ci peuvent recevoir le renfort d'autres éléments de la protection de la population.
7. Les services techniques effectuent leur travail sous leur propre responsabilité. Ils peuvent recevoir le renfort d'autres éléments de la protection de la population.
8. La protection et l'assistance, de même que la protection des biens culturels, qui sont des tâches centrales de la protection civile actuelle, sont transférées dans la protection de la population. L'infrastructure de protection est conservée pour l'essentiel.
9. Les autorités sanitaires des cantons et leurs services sont responsables du domaine sanitaire. D'autres éléments de la protection de la population les renforcent au besoin.
10. La protection de la population met du personnel, des équipements et du matériel à disposition des services de la santé publique, selon une structure modulable. Dans les situations extraordinaires, on recourt à des constructions sanitaires protégées.
11. Les autorités cantonales ne demandent l'aide de l'armée que si les moyens de la protection de la population, y compris dans le cadre de la coopération intercantonale, sont débordés.
12. Dans le cadre du soutien subsidiaire, l'armée envisage de fournir les prestations suivantes: interventions subsidiaires de sécurité avec le recours à des formations armées, aide en cas de catastrophe avec les moyens réduits par rapport aux effectifs actuels, interventions de soutien en cas de besoin.
13. Les personnes astreintes devraient pouvoir accomplir leur service dans l'armée ou dans la protection de la population.
14. La solution d'avenir consiste en un service obligatoire commun à tous les éléments de milice de la protection de la population (sapeurs-pompiers et éléments de la protection civile actuelle).
15. Les systèmes actuels de service obligatoire (dans la protection civile et les sapeurs-pompiers) sont conservés à titre de solution transitoire en attendant la mise en place d'un autre modèle.
16. Il faut étudier la création d'une taxe d'exemption pour la protection de la population appelée à remplacer la taxe d'exemption de servir dans les corps de sapeurs-pompiers, qui représente actuellement la principale source de financement de ces derniers.
17. L'instruction de la protection de la population s'oriente essentiellement vers l'aide en cas de catastrophe.
18. Tous les miliciens de la protection de la population reçoivent une même instruction de base, indépendante de l'armée.

Les activités de la protection de la population relèvent de cinq domaines spécifiques:

Ordre et sécurité
Dans le cadre de la protection de la population, ce domaine relève de la compétence de la police. Dans certains cas, celle-ci peut être renforcée par des membres ou des formations de la protection de la population, uniquement pour des interventions non armées, par exemple le barrage de routes ou la régulation du trafic. L'appui par des formations de l'armée est également possible.

Sauvetage et lutte contre le feu
C'est le domaine des sapeurs-pompiers, qui représentent, aux côtés de la police et des premiers secours, le moyen de première intervention.

Fonctionnement des infrastructures techniques
Les services techniques compétents, la voirie, les services chargés de l'entretien des bâtiments publics, etc. sont responsables de ce champ d'activité. Au besoin, ils sont renforcés par des éléments de la protection de la population.

Assistance et protection des biens culturels
Ces tâches sont remplies par les services de l'organisation de protection civile actuelle, moyennant certaines modifications. L'assistance consiste à accueillir et à encadrer des sans-abri et des personnes en quête de protection, en collaboration avec les autorités et des organisations privées. La protection et l'évacuation des biens culturels en cas de sinistre relève également de ce champ d'activité.

Santé publique et premiers secours
Ce domaine sera totalement repensé. La responsabilité en la matière appartient aux autorités sanitaires cantonales. Les services de la santé publique et les premiers secours œuvrent sur le terrain, où ils peuvent être renforcés par du personnel et des équipements de la protection de la population.

L'armée continuera d'assurer une aide subsidiaire, si les moyens civils, y compris dans le cadre de la coopération intercantonale, sont débordés.

Répartition des tâches entre la Confédération et les cantons

Les cantons étant les principaux responsables de la protection de la population, la répartition des tâches avec la Confédération doit viser la plus grande décentralisation possible. Autrement dit, les cantons ont besoin d'une marge de manœuvre plus large qu'aujourd'hui pour s'organiser. Cela concerne avant tout la protection civile, les autres moyens comme les sapeurs-pompiers ou la santé publique relevant déjà de la compétence des cantons.
Nul ne conteste les missions que la Constitution confie à la Confédération, en cas de conflit armé mais aussi lors de certains événements comme les épidémies, les irradiations graves ou les tremblements de terre de grande ampleur.

Les effectifs seront sensiblement réduits

Le système de milice et l'obligation de servir seront conservés. On s'oriente vers une solution reposant sur deux piliers, l'un militaire et l'autre civil. Ainsi, il serait possible d'effectuer son service obligatoire aussi bien dans la protection de la population (sapeurs-pompiers compris) que dans l'armée.
La réorientation de la protection de la population vers l'aide en cas de catastrophe ouvre la voie à une réduction sensible des effectifs et, par conséquent, à un abaissement de la limite d'âge.
A l'avenir, tous les éléments de milice de la protection de la population, à savoir les sapeurs-pompiers et les membres de la protection civile actuelle, devraient être soumis à un même régime d'obligation de servir.

Aiuto in caso di catastrofi e di emergenza: più collaborazione anziché attività parallela

JM. Parallelamente al progetto «esercito svizzero XXI» sta avanzando secondo programma anche il progetto per la protezione della popolazione. Nei prossimi tre mesi i cantoni, futuri pilastri della protezione della popolazione, esprimeranno il loro parere sulle direttive – concetti di base e valori portanti – dell'organizzazione del progetto. Questa consultazione dei cantoni dovrebbe permettere di portare avanti l'ulteriore lavoro collegato al progetto sulla base di decisioni politiche ben chiare e definite: è quanto hanno affermato davanti ai rappresentanti dei media il capo del DDPS consigliere federale Adolf Ogi e il direttore del progetto Peter Schmid il 27 settembre a Berna. Un punto importante della riforma è la collaborazione più stretta tra tutte le organizzazioni partner dell'aiuto in caso di catastrofe e d'emergenza che insieme costituiscono la nuova protezione della popolazione. Da questa collaborazione risultano sinergie che permettono di risparmiare nelle forze impiegate e nelle spese. E inoltre secondo il consigliere federale Ogi l'obiettivo da raggiungere è di poter scegliere un giorno tra il servizio nell'esercito e quello nella protezione della popolazione.

Armbanduhr, Quarz
Swiss made, wasserdicht
Metallgehäuse

Montre suisse à quartz
boîtier noir, étanche

Orologio svizzero al quarzo
metallo, stagno

Fr. 62.–

Bestellung/commande/ordinazione:

Schweizerischer
Zivilschutzverband
Postfach 8272, 3001 Bern
Telefon 031 381 65 81
Telefax 031 382 21 02